Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag illustriertes Witzblatt „ULK", Mittwoch „Haus Hof Garten". Man abonniert bei all. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 8 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 M. u. 75 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 50 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Nathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 2-6; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 89; Rixdf. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 610
47. Jahrgang

Freitag
29 November 1918

Stürmische Versammlung der Soldatenräte.

Heftige Angriffe gegen den Berliner Vollzugsrat.

Lärmende Auftritte. — Heftige persönliche Zusammenstöße

Am gestrigen Nachmittag fand im Sitzungssaal des Reichstages eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der Soldatenräte Groß-Berlins statt, zu der übrigens auch zahlreiche Delegationen aus dem Reiche, so aus München, erschienen waren. Wie bei fast allen Versammlungen der Soldatenräte war auch diesmal die Stimmung vom ersten Augenblick an eine sehr gereizte. Was schon bei früheren Zusammenkünften sich, freilich noch nicht so prägnant, bemerkbar machte, trat gestern klar zutage: **Die Spaltung innerhalb der Soldaten- und Arbeiterräte und das Mißverhältnis zwischen dem Vollzugsrat und den Soldatenräten.**

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Godschling, der auch die Vertreter der Regierung, Ledebour, Barth und den später erschienenen Scheidemann begrüßte, erfolgte der Bericht über die Arbeit des Bureaus der Soldatenräte. Nachdem ein von Spiro dem Vorsitzenden wegen seiner Beziehungen zum Vollzugsrat erteiltes Mißtrauensvotum in einem für Godschling günstigen Sinne von der Versammlung erledigt worden war, erhielt **Molkenbuhr** das Wort zum Bericht über

die Tätigkeit des Vollzugsrates.

Der Vollzugsrat sei am 10. November aus den Reihen der Soldatenräte heraus gebildet worden zur Entscheidung über wichtige Fragen, um eine Einheitlichkeit in die Bewegung zu bringen und um den drohenden Bruderkrieg zu vermeiden. „Bei Uebernahme der Geschäfte konnte der Vollzugsrat noch nicht ahnen, vor welch einem Trümmerhaufen er stand, den die alte Regierung bei ihrem Zusammenbruch hinterlassen hatte. Nichts war geregelt, weder Lebensmittel, noch Rohstoffe waren vorhanden, und in militärischen Fragen türmte sich ein wahrer Berg von Arbeit. So mußte die Mannschaftslöhnung geregelt, die Demobilisation eingeleitet u. a. m. Freilich konnte die von vielen Seiten erhobene Forderung einer Einheitslöhnung nicht durchgeführt werden, weil das Reich sonst in zehn Wochen 1½ Milliarden Mark auszuzahlen gehabt hätte. Die Bildung einer Roten Garde hat bei allen, die nicht in die Verhältnisse eingeweiht waren, Mißtrauen erregt, und doch war die Rote Garde notwendig gegen die Vertreter der Reaktion, die noch immer an der Arbeit sind." Molkenbuhr kam dann auf die Stellung des Vollzugsrates zu den Feldheeren zu sprechen. Die Lage der Westarmee sei einigermaßen sicher. Dagegen ständen in Rußland 850 000 Mann, die die verbrecherische vormalige Regierung so tief in Feindesland geschickt habe, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage, bei dem Zusammenbruch der Eisenbahnen usw. an eine Rückkehr kaum gedacht werden könne. Wie viele von ihnen würden wohl überhaupt jemals Deutschland wiedersehen? Noch trauriger sei die Lage der **Armee Mackensen.** Bisher habe es den Anschein gehabt, als könne man diese Söhne des deutschen Volkes baldigst zurückbringen. In den letzten 48 Stunden aber habe sich das Schicksal dieser Männer entschieden. Sie werden **wahrscheinlich interniert werden,** und was eine Internierung in der ungarischen Tiefebene jetzt im Winter ohne Vorbereitungen bedeute, könne sich jeder selbst ausmalen. Nun zur Stellung der Westarmee gegenüber dem Vollzugsrat! Wer die Bildung der dortigen Soldatenräte und die Aufrufe der 6. Armee genau verfolgt habe, wisse,

was am Werke sei!

Man habe positiv erfahren, daß dort **sich Freiwilligenkorps bilden, die dazu bestimmt seien, die in Berlin herrschende Anarchie zu unterdrücken.** (Großer Lärm.) Der Vollzugsrat hat sich einstimmig gestern für die Nationalversammlung ausgesprochen, und nach seinen Vorschlägen soll auf je 200 000 Einwohner ein Delegierter kommen. Aber auch den außerhalb Deutschlands stehenden deutschen Soldaten soll die Möglichkeit der Wahl gesichert werden, und zwar soll auf je 100 000 Soldaten ein Vertreter entfallen. Um allen Forderungen gerecht werden zu können, sind Vertreter der Ostarmee in den Vollzugsrat aufgenommen und kooptiert worden. Auch Vertreter Südoeutschlands sollen hinzukommen, denn die Reichseinheit dürfe nicht zerstört werden. In einer Sitzung des Vollzugsrates hat Eisner erklärt, daß Bayern nicht daran denke, sich zu separieren. Aber man wolle einmal mit „dem Wasserkopf Berlin gründlich abrechnen".

Der Hauptgrund einer beabsichtigten Lossplitterung Bayerns sei ja die Friedensfrage gewesen. Man habe in Bayern noch immer kein Vertrauen zu Preußen dem als dem ehemaligen Hort der finstersten Reaktion das Ausland noch immer mißtraue. Der Vollzugsausschuß betrachte sich nicht als eine dauernde Behörde sondern nur als Sachwalter des deutschen Volkes bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Der Redner verkündete dann unter lebhafter Erregung der Versammlung, daß die Herren Walz und **Colin-Roß aus dem Vollzugsrat** ausgeschieden seien. Zum Schluß kam er noch einmal auf die Schuldfrage an dem Weltkriege zu sprechen. Bezeichnend dafür, wie die Vertreter des alten Systems alles zu vertuschen suchten, was ihre Schuld dokumentiere, sei die Tatsache, daß aus den jetzt in Berlin eingetroffenen Akten des Generalgouvernements Belgien

alles verbrannt sei,

was die alten Machthaber diskreditieren konnte. **In Berlin habe man schon am 7. November vernichtet, was irgendwie geeignet gewesen wäre, die alte Regierung zu belasten.**

Als nächster Redner griff **Koenig** den Vollzugsrat heftig an. Diese Institution, die aus eigenen Gnaden sich konstituiert, über die Köpfe der Soldatenräte hinweg, habe die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen preußischen Reiche in Verruf gebracht. Wenn man heute von dem Bolschewismus der Berliner spreche, so sei einzig und allein der Vollzugsrat daran schuld. Aus diesem Grunde sei es notwendig, dem Vollzugsrat eine Kontrolle beizugeben, denn schließlich sei doch der Vollzugsrat nicht, wie er sich anmaße, die oberste Kontrolle aller Regierungsbehörden, sondern lediglich das ausführende Organ der Soldatenräte, deren Willen er sich zu beugen habe.

Als folgender Redner sprach **Koehre** vom Matrosenrat München, der Grüße der Süddeutschen überbrachte. Auch er sprach die Hoffnung aus, daß die Reichseinheit nicht gestört werde, und schloß mit den Worten: Das schönste Weihnachtsgeschenk, das ihr euren süddeutschen Brüdern machen könnt, ist das Versprechen, die Nationalversammlung schnellstens einzuberufen.

Zu stürmischen Auftritten,

die minutenlang jede Verständigung im Hause unmöglich machten und die zu scharfen persönlichen Zusammenstößen zwischen dem Redner und Vertretern der Regierung führten, kam es, als **Gerlach** vom Vollzugsrat das Wort ergriff. Er unterzog die Tätigkeit des Vollzugsrates schärfster Kritik (Molkenbuhr: Lüge! Große Unruhe.) Vertreter der Front, Delegierte aus Bayern seien überhaupt nicht vorgelassen worden, weil der Vorsitzende Richard Müller die Auswahl eines Stempels für den Vollzugsrat den brennendsten politischen Fragen vorzog. Die Mehrheit des Vollzugsrates sei ursprünglich für die Einberufung der Nationalversammlung gewesen, aber unter dem Druck linkssozialer Elemente habe das Plenum nicht gewagt, seine Ansicht kundzutun. (Stürmische Entrüstung). Wes Geistes Kind die Mitglieder dieser Korporation seien, beweise die Anfrage des Mitgliedes Strobel in einer Sitzung, was denn überhaupt eine Nationalversammlung sei. **(Strobel dringt auf den Redner ein und bedroht ihn,** große Unruhe in der Versammlung.). Die beiden Vorsitzenden hätten weit über ihre Machtbefugnisse hinaus Vollmachten an wildfremde Menschen erteilt. (Molkenbuhr protestiert.). Herr Molkenbuhr, können Sie mir sagen, wem alles die Vollmachten in den wichtigen Fragen erteilt worden sind? (Hört, hört!) Die Verhaftung des Mitgliedes Walz erfolgte ohne jede rechtliche Grundlage. (Stürmische Pfuirufe. Emil Barth springt auf und ruft in den Lärm: Auf meine Veranlassung!) In allen Fragen, die die Soldaten bewegen, zum Beispiel Löhnung, Demobilisierung, Arbeitsbeschaffung usw. habe der Berliner Vollzugsrat völlig versagt.

Ein heftiger Protest entspann sich darüber, ob **Scheidemann** jetzt das Wort erhalten solle oder nicht. Es wurde der Antrag gestellt, daß überhaupt sich in den Fragen der Soldatenräte nur Mitglieder des Vollzugsrates oder der Soldatenräte, nicht aber der Arbeiterräte zu melden hätten.

In dem Redekampfe um die Zulassung Scheidemanns zur Debatte nahm ein **Delegierter der Ostfront** das Wort und erklärte: Ich bin gesandt, um zu berichten, wie die Kameraden hier zur Regierung stehen. Leider muß ich mit dem Bescheide heimkehren, daß ihr die Regierung nicht zu Worte kommen laßt, was bei uns übel gedeutet werden kann (Lebhafte Zustimmung.) Unter großer Unruhe gelangt nun ein Antrag zur Annahme, der **Scheidemann** das Wort gewährt. Er betonte in kurzen Worten daß er direkt zu dieser Versammlung eingeladen sei und nicht verstehe, wie man sich hier stundenlang um ganz nichtige Dinge herumstreitet, wo es sich doch jetzt für die Revolution um so wichtige andere Dinge handele. Hauptaufgabe der Regierung, wie auch der Arbeiter- und Soldatenräte sei, die Errungenschaften der Revolution zu befestigen und für Frieden und Brot zu sorgen. Eine solche Versammlung könne leicht einen unheilvollen Riß zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten hervorrufen, der bei aller Anerkennung der Verdienste der Soldaten bei der Umwälzung doch bedauerlich sei und vermieden werden müsse. Deshalb möchte man die Bedenken gegen den Vollzugsrat zurückstellen. (Lebhafte Rufe: Nein! nein!) Das politische Kabinett habe sich mit dem Vollzugsrat verständigt, und wenn diese Verständigung innegehalten würde, so könne man schon Vertrauen zu ihm haben. (Rufe: ja wenn!) Ich bedauere, fuhr Redner fort, daß Molkenbuhr die Lage unserer Truppen im Osten zu schwarz gemalt hat. Die Folge wird sein, daß bei ungezählten Frauen und Kindern tiefer Kummer über das Schicksal ihrer Lieben wachgerufen wird. Sicher ist die Lage unserer Truppen im Osten ernst und wohl noch drei Monate werden vergehen, bevor die letzten von ihnen den heimatlichen Boden betreten können.

(Siehe auch Seite 4.)

Friedensprobleme.

Von [Nachdruck verboten.]

Fürst Lichnowsky.

I. Rußland und Polen.

Nachdem wir erfreulicherweise auf den mehr militärischen als staatsmännischen Brest-Litowsker Frieden verzichtet haben, der das ehemalige Rußland in lebensunfähige Gebilde zerteilte, in „Randstaaten", deren Angliederung für Deutschland nur eine Last gewesen wäre ohne jeden politischen Vorteil, dürfte dem anscheinend auch von der Entente befürworteten Zusammenschlusse der Bestandteile des ehemaligen russischen Reiches auf föderalistischer Grundlage kaum noch erheblichen Bedenken begegnen. Wirtschaftliche wie geographische Rücksichten weisen schon auf die Bildung der „Vereinigten Staaten von Rußland" hin, auf die großrussische Idee mit demokratisch-autonomer Grundlage. Auch vom ethnographischen Standpunkt aus wäre es kaum denkbar, eine reinliche Scheidung nach Nationalitäten durchzuführen. Wohnen doch die verschiedenen Stämme so sehr durcheinander, daß es schwer fallen dürfte, eine befriedigende Lösung herbeizuführen falls man die Bildung völlig geforderter Staatswesen beabsichtigt. Schon jetzt vermögen Polen und Ruthenen (Ukrainer) sich nicht zu einigen. Sie haben schon vor dem Kriege in Ostgalizien in bitterer Feindschaft gelebt, wo die Ruthenen sich über polnische Bedrückung beklagten. Auch würde Rußland in die Lage wie etwa vor Peter dem Großen zurückversetzt und ihm der Zutritt zum Meere verlegt werden, falls der Zusammenschluß nicht erfolgt.

Wir haben das größte Interesse an der baldigen Bildung eines lebensfähigen bürgerlich-demokratischen Groß-Rußland etwa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika zunächst als Absatzgebiet für unsere Industrie. Seitdem wir uns nicht mehr in die Balkanpolitik einzumischen „brauchen", trennen uns auch keine Interessengegensätze von Rußland. Natürlich schließt dieses Programm die Bekämpfung des lebensunfähigen und kulturfeindlichen Bolschewismus in sich, dessen längerer Bestand für uns auch innerpolitisch schwere Gefahren birgt.

Es leuchtet außerdem ein, daß der Anschluß Polens an eine großrussische föderalistische Republik, etwa nach dem passivistischen Programm, die günstigste Lösung der polnischen Frage darstellt. Bleibt Polen für sich bestehen, so braucht es den Zugang zum Meere, der über Danzig geht, und der selbst ohne Abtretung dieser Stadt ihre schnelle Polonisierung zur Folge hätte. Ostpreußen wäre aber völlig abgetrennt, wenn man Teile von Westpreußen mit deutschen Städten und Bestandteilen dem polnischen Staate einverleibt. Eine Ausdehnung Polens bis Libau würde uns aber völlig von Rußland abschneiden. Auch ist es bekannt, daß die polnische Industrie ganz überwiegend auf das östliche Absatzgebiet angewiesen war, so namentlich die Textilbranche, die über die Hälfte aller polnischen Industriearbeiter beschäftigte; eine Zollgrenze gegen Rußland würde sie also schwer schädigen, wenn nicht ganz brach legen.

Ebenso unmöglich wie die Abtretung Westpreußens wäre die von Posen, wenn es dort auch überwiegend, aber nicht rein polnische Bezirke gibt. Wir verlangen ja auch nicht die Abtretung der deutschen Schweiz oder Deutschösterreichs, obwohl diese Gebiete wie das Elsaß, das uns anscheinend gewaltsam genommen wird, rein und zweifellos deutsch sind. Es wäre undenkbar, die Polenherrschaft bis in die Nähe von Berlin gelangen zu lassen, um etwa dafür die entfernten und sowohl wirtschaftlich wie politisch für uns viel weniger wichtigen deutschen Alpenländer einzutauschen.

Was Oberschlesien betrifft, so gehört es seit 800 Jahren nicht mehr zu Polen. Nicht nur der Großgrundbesitz, auch das Bürgertum und die gesamte Industrie sind deutsch. Rein polnische Gebiete gibt es hier nirgends ganz abgesehen davon, daß ein Dialekt, das sogenannte Wasserpolakisch gesprochen wird, der sich vom Polnischen beinahe so unterscheidet wie Holländisch und Hochdeutsch. Bekanntlich liegt in Oberschlesien unser bedeutendster Montan- und Hüttenbezirk der höchstens vom rheinisch-westfälischen übertroffen wird, und den wir unmöglich entbehren können.

Die materielle Lage der preußischen Polen würde sich jedenfalls durch den Anschluß an das verarmte Polen erheblich verschlechtern. Die Sozialdemokratie ist in den oberschlesischen Industriebezirken ganz gegen die Lostrennung.

II. Oesterreich und Böhmen.

Die Auflösung der k. u. k. Monarchie befreit uns von Bundesrücksichten, die viel mehr Gefahren als Vorteile boten und auf die wir schon längst zugunsten einer Annäherung an Rußland hätten verzichten sollen. Gleichzeitig sind wir

von jeder ferneren Stellungnahme zu den Fragen der Balkanpolitik entlastet.

Andererseits aber stellt diese Auflösung uns vor das schwierige Problem der eigentlichen österreichischen Frage. Das Schicksal der Deutschen in den Sudeten- und Alpenländern und die Bildung eines tschecho-slowakischen Staatswesens an unserer Grenze das uns von den deutschen Alpenländern trennt, sind Dinge, die uns nicht gleichgültig lassen.

Ich vermag dem Anschluß des neu entstandenen Deutschösterreich an uns nicht das Wort zu reden. Die Alpenländer mit überwiegend klerikaler Bevölkerung und ausgesprochen österreichischer Eigenart wären für uns nur eine Last. Wien ist zu lange Hauptstadt gewesen, um sich mit der Rolle der Provinzstadt abzufinden. Die geographische Lage, durch Böhmen und Mähren von uns getrennt, spricht vollends gegen den beabsichtigten Anschluß, der uns auch unfehlbar in Streitigkeiten mit Tschechen, Magyaren, Slowenen und Italienern verwickeln müßte. Die Erinnerungen an die Paulskirche mahnen ferner vor der Wiederholung des großdeutschen Programms. Entweder sollte der neue Staat Deutschösterreich mit Wien als Hauptstadt für sich bleiben oder sich etwa nach Schweizer Art auf föderalistischer Grundlage mit den Tschechen und vielleicht auch mit den Ungarn und Slowenen zusammenschließen. Im Norden Böhmens wohnen 3 Millionen Deutsche, die geographisch und wirtschaftlich auf Oesterreich und Böhmen, nicht aber auf uns angewiesen sind. Sollte der tschecho-slowakische Staat sich nach den Wünschen der Prager Politiker bilden, so müßten nicht nur die Deutschen Nordböhmens, sondern auch noch die Nordmährens und Westschlesiens" vergewaltigt werden. Eine völlige Trennung nach nationalen Grenzen ist sowohl aus geographischen wie aus wirtschaftlichen Erwägungen schwer durchführbar und wird auch bekanntlich von den Tschechen energisch abgelehnt.

Die günstigste Lösung wäre daher ein Wiederzusammenschluß der Alpen- und Sudetenländer auf ganz neuen Grundlagen mit nationaler Autonomie und zwar einschließlich der Slowenen mit Triest, deren Gebiete mit Deutschen und Italienern durchsetzt sind und damit das neue Gebilde den Zutritt zum Meere erhält. Das wollen aber vorläufig weder die Deutschen (bis auf konservativ-klerikale Gruppen), noch die Slawen, noch die Italiener in Triest. Der alte österreichische Staatsgedanke ist in allen Lagern in Verruf. Vielleicht finden sich aber diese Völker wieder zusammen, wenn sie einsehen, daß sie nicht getrennt bestehen können und durch wirtschaftliche wie geographische Notwendigkeiten aufeinander angewiesen sind.

Verzichtet die Entente auf das großpolnische Programm, so verzichten wir auf das großdeutsche. Gewaltsam verhindern könnte sie aber nicht den Anschluß von 10 Millionen Deutschen, nach dem berühmten „Selbstbestimmungsrecht", das allerdings auf Irland nicht anwendbar erscheint.

Es gibt eben politische Probleme, die sich nicht nach einer Theorie oder einem Schema, sondern nur durch Kompromisse lösen lassen, falls man die Anwendung der Gewalt ausschließt. Hierzu gehört, wie die irische Frage, so auch die österreichische, böhmische und die polnische.

Zusammenfassend möchte ich also befürworten:

1. Bekämpfung des russischen Bolschewismus;

2. Zusammenschluß aller Teile des ehemaligen Rußland einschließlich Polens und Galiziens zu den Vereinigten Staaten von Rußland;

3. Zusammenschluß des deutschösterreichischen, tschechoslowakischen, magyarischen und slowenischen Staates (mit Triest) zu einem Staatenbunde oder Zweckverbande.

Oder soll der Brest-Litowsker Frieden eine neue deutsche Auflage erfahren? Sie würde ebenso wenig Bestand haben wie die erste russische!

Ein Aufruf Hindenburgs an das Feldheer.

Ermahnung zur Ruhe und Ordnung.

Berlin, 27. November. (W. T. B.)

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat folgenden Aufruf an das Feldheer gerichtet:

„Soldaten, die ihr mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausgehalten habt, denkt daran, wie unendlich wichtig es für Heer und Heimat ist, daß sich Rückführung der Armeen und Entlassung ihrer Verbände in voller Ruhe und Ordnung vollziehen. Nur wenn jeder einzelne von euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung aus den Reihen des Heeres für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reibungen zu überwinden, welche die Rückführung solch gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt.

Die ihr so oft in Zeiten des Kampfes selbstlos euer eigenes Ich dem Wohle des Ganzen untergeordnet habt, vergeßt auch jetzt nicht, daß die Heimat in letzter Stunde von euch Opfer fordert. Sie sind gering gegenüber all dem, was ihr in den vier langen Jahren des Krieges geleistet habt.

Alles, außer den Jahrgängen 1896 bis 1899, die zunächst bei den Fahnen bleiben, soll so schnell als möglich entlassen werden. Laßt euch nicht verführen, vorzeitig und eigenmächtig euren Truppenteil zu verlassen. Vergegenwärtigt euch stets, zu welchen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Verpflegung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von euch regellos nach Hause strebt.

Ordnung und Zusammenhalten ist jetzt wichtiger denn je!

Nur so wird glatte Zurückführung des Feldheeres nach den östlich des Rheins zunächst vorgesehenen Unterbringungsräumen möglich sein. Von dort ist Leitung der Verbände mit Eisenbahn oder durch Fußmarsch zu den Ersatztruppenteilen vorgesehen. Mit Rücksicht auf die große Anhäufung von Truppen und die beschränkten Transportmöglichkeiten kann dies nur allmählich erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten bei oft beschränkter Unterkunft werden sich für manche Formationen nicht vermeiden lassen. Auch hier habt Geduld und Vertrauen: es wird jeder von euch so frühzeitig zu seinem Ersatztruppenteil befördert werden, als die Umstände es gestatten. Keiner von euch wird vergessen! Seid versichert, daß die Oberste Heeresleitung in Verbindung mit den Heimatsstellen alles aufbietet, um euch so bald als möglich euren Angehörigen zuzuführen.

Doch eins tut not hierbei: Ruhe und Ordnung!

gez. von Hindenburg."

Vorläufig keine Verlegung des Hauptquartiers nach Berlin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Kassel,** 28. November.

Die Meldungen, nach denen die Oberste Heeresleitung von Wilhelmshöhe nach Berlin verlegt werden soll, sind unrichtig. Wie unserem Vertreter mitgeteilt wurde, ist mit Rücksicht auf die durch die Demobilisierung zu bewältigenden Arbeiten mit einer Verlegung vor Weihnachten nicht zu rechnen.

Bayerns „separatistische Neigungen".

Eine neue Rede Kurt Eisners. — „In Berlin keine Entschlusskraft." — München vorläufig „Vorort von Deutschland." — Das Auswärtige Amt als „Herd der Konterrevolution."

Eisners Auseinandersetzung mit Berlin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 28. November.

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner teilte heute mittag unserem Mitarbeiter seine „ernsthafte Entschlossenheit" mit, aus dem Konflikte mit Solf und Erzberger alle Konsequenzen zu ziehen, bis zum selbständigen Vorgehen Bayerns. Der ganze Süden nebst Rheinland und Westfalen stünde sofort auf seiner Seite, wenn es gegen die Berliner Methode gehe.

Da Eisner mich zu der nichtöffentlichen Plenarsitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates zuließ, so bin ich in der Lage, die von ihm daselbst gehaltene Ansprache wiederzugeben. Er führte im wesentlichen aus: „Ich bin seit den letzten Tagen der bestgehaßte Mann. Erst hatte ich eine gute Presse, jetzt schimpft man von allen Seiten auf mich. Ich sah, daß in Berlin die Konterrevolution nicht groß, sondern so ruhig ist, wie hier, ganz gemütlich, als ob nichts geschehen sei. Als ich das sah, holte ich aus einer Aktenmappe das Schriftstück hervor, das die letzten Schleier über die Entfesselung des Weltkrieges zerriß. Damit wollte ich die Regierung der Konterrevolution (!) in die Luft sprengen. In der Ministerversammlung der Deutschen Republik habe ich diese Arbeit fortgesetzt, und ich habe, zwischen Solf und Erzberger sitzend, die Wahrheit gesagt, so sehr, daß ich erwartete, die Herren würden sofort verschwinden. Als dies noch nicht half, erklärte ich, mit ihnen nicht mehr zu arbeiten, denn wir müssen die Zeichen erkennen. Der Haß gegen Berlin wächst, nicht gegen die Berliner Bevölkerung, sondern gegen Berlin als das Hauptquartier des Weltkrieges, und ich, der ich dringend wünsche, daß das nicht zu einer Auflösung des Reiches führe, bin der festen Meinung, daß die einzelnen Staaten sich so lange ihrer Haut wehren müssen, bis das Ganze wieder aktionsfähig wird. Wir können mit diesen Leuten nicht arbeiten. Kautsky sitzt im Auswärtigen Amt, aber Solf arbeitet auf eigene Faust, Kautsky erfährt nicht das mindeste. Es schien mir, als ob dort in Berlin unter der Erschöpfung von all dem Kriegsleid alles so geschwächt sei, daß dort überhaupt keine Entschlußkraft mehr sei. So war es meine Absicht, von hier aus etwas frischere Bergluft nach Berlin zu bringen. Man kann die Lage nicht ernst genug betrachten. Die im Auswärtigen Amte sind Vertreter des alten Systems, und (und das ist das Verderblichste) in ihrer Hand ruht auch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, die ganze Presse des In- und Auslandes, alles steht noch zu ihrer Verfügung.

Die Presse ist angefüllt über die Absichten der Entente, hier oder dort in Deutschland mit Truppenmacht einzurücken. Das alles ist, wie ich authentisch sagen kann, erlogen und erfunden. Wir werden von solchen Methoden noch sehr viel Unheil erleben. Warum, weil Erzberger und Solf als kompromittierte Persönlichkeiten weder einen günstigen Waffenstillstand noch günstigen Frieden erzielen können, weil sie nicht weg wollen oder können, weil sie die Entdeckung fürchten und das, was dann kommt, wenn sie nicht mehr auf dem gesamten Presseapparat spielen können. Und das, was uns im In- und Ausland so sehr beunruhigt, das Spiel, das im November 1918 geführt wird, ist nicht minder ruchlos als das im Juli und August 1914.

Heute wurde ich vom Hauptquartier antelephoniert. Es ist festgestellt worden, daß auch, jede Kundgebung, die den Namen Hindenburg trägt, wenn nicht von dem Auswärtigen Amte diktiert, so doch veranlaßt worden ist. Ich habe Hindenburg sagen lassen, daß er ein Opfer der Berliner Politik sei, und man hat mir versprochen, daß man künftig noch vorsichtiger in den politischen Angelegenheiten sein werde als bisher. Wenn ich als Minister des Aeußern erklärt habe, daß ich mit dem Berliner Auswärtigen Amte nicht mehr verkehre, so habe ich dies im Bewußtsein getan, daß dort das Nest ist, das ausgekehrt werden muß, wenn wir zum Frieden kommen sollen. Aus Bern erhielt ich heute die Nachricht, und zwar von einem schon früher im Dienste unserer Gesandtschaft stehenden Herrn, es sei kein Wort daran wahr, daß die Entente daran denke mit uns wieder Krieg anzufangen, wie heute von der Erzberger Presse herumtelegraphiert wurde. Glauben Sie, daß die Soldaten der Entente weiter Krieg machen wollen? Genau so wenig wie die Soldaten bei uns! Auch ihre Völker brauchen den Frieden. Auch sie und ganz Europa braucht den wirtschaftlichen Neuaufbau. Ich verbürge mich dafür, daß im Augenblicke, wo in Deutschland eine aktionsfähige und vertrauenswürdige Regierung da ist, die ehrlich und offen den Frieden will, hinter der die Massen stehen, wir im selben Augenblick den Frieden auch haben.

Noch ein Beispiel von der Verruchtheit jener Treibereien, die das Auswärtige Amt vollführt: Vor einigen Tagen brachte die Presse die Mitteilung, daß Haases Ausführungen über die Lebensmittelnot nicht richtig seien. Im Lebensmittelministerium sei man nicht so pessimistisch. Die Folge davon war, daß man in den Ententeländern glaubt, es sei gar nicht so schlimm bei uns bestellt. Und weiter wird alles in den Kreisen der Entente für Schwindel gehalten, die ganze Revolution für eine Masterade des alten Systems. Das geht nicht so fort. Berlin braucht eine verhandlungsfähige Regierung. Was Berlin nottut, ist, daß die Massen sich rühren und eine vertrauenswürdige Regierung schaffen. **Bis dahin wird München vorläufig der Vorort von Deutschland sein. (!) Wir können uns nicht mehr dem verbrecherischen Wirken einer kleinen Herde von Männern ausliefern, die um ihre Existenz zittern. Das ist der Sinn meiner Aktion.** Nicht, um Bayern von Berlin zu lösen. Wenn die Massen nicht in Berlin eine neue Republik schaffen, dann kommen wir nicht zum Frieden. Ich meinerseits tue von München aus das Notwendigste, wir haben keinen anderen Weg.

Eisner schließt mit einem **Appell an die Entente:** Wir wollen nicht als bittende Büßer kommen, wir kommen als Menschen mit dem Bewußtsein, daß wir aufgeräumt haben mit dem alten System. Wir kommen mit reinem Herzen, deshalb dürfen wir hinüberrufen zur Entente wir sind Menschen, Vertreter von 70 Millionen, die leben wollen, und Pflicht ist es, drüben zu vergessen und mit uns gemeinsam zu arbeiten, um die neue Welt aufzubauen. Man fürchtet sich drüben wie bei uns vor dem Bolschewismus. Die Furcht ist entstanden, weil man meint, daß wir Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gegründet und so das russische Beispiel nachgeahmt haben. Wir wissen genau, daß wir weder die russischen Methoden angewendet haben, noch russische Ziele verfolgen. Mit Ausnahme ganz weniger Phantasten glaubt keiner von uns, daß mit russischen Mitteln unsere Ziele erreicht werden können. Wir glauben nicht, daß es möglich ist, die Produktion in dem Augenblicke zu vergesellschaftlichen, wo sie völlig zerrüttet ist. Auch der Berliner Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates hat einmütig diese Auffassung unterstützt. Wir errichten keine Diktatur des Säbels. Wir wollen durch Arbeit und schöpferische Tätigkeit den Wiederaufbau Deutschlands so rasch wie möglich zu Ende bringen und dabei soll uns die Entente helfen. Unsere nächsten Aufgaben sind zunächst der Kampf mit allen Konsequenzen gegen die Berliner Richtung, soweit sie vertreten ist im Auswärtigen Amte. Dann der Frieden, kein Separatfrieden, sondern als Versuch für ganz Deutschland, wenn nicht anders möglich, von Bayern aus den Frieden zu erlangen. Wenn wir Wichtiges nicht mit Berlin arbeiten können, wollen wir auf eigene Faust arbeiten."

Aus der kriegerischen Vergangenheit Kurt Eisners.

Gleichfalls „kompromittiert."

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner will all „kompromittierten Männer" aus der Reichsleitung entfernen. Jetzt weist ihm Erich Kuttner im „Vorwärts" nach, daß er zu diesen kompromittierten Leuten in erster Linie gehört. Vor dem Kriegsausbruch war Kuttner Redakteur an der „Volksstimme" in Chemnitz, und Kurt Eisner versorgte das Blatt mit telephonischen Nachrichten aus München. Kuttner erzählt nun aus den kritischen Tagen folgendes:

„Zwischen dem 28. und 30. Juli wurden wir von Kurt Eisner wiederholt aus München telephonisch angerufen. Kurt Eisner erklärte uns aus sicherster Quelle, nämlich direkt aus dem bayerischen Kriegsministerium, in dem er ein- und ausging, zu wissen, daß der Krieg unvermeidlich sei. Und zwar aus dem Grunde, weil Rußland sich unter keinen Umständen von einem Eingreifen in den österreichisch-serbischen Konflikt zurückhalten lasse und bereits mobilmache, was die deutsche Kriegserklärung zur Folge haben müsse. Kurt Eisner versicherte uns dies mit so absoluter Bestimmtheit, daß wir trotz aller Bedenken am Nachmittag des 28. Juli folgendes Extrablatt herausgaben:

„Der europäische Krieg ist entfesselt!

Berlin (diese falsche Ortsangabe erfolgte, um unseren Gewährsmann nicht zu verraten. E. K.). Wie wir aus absolut sicherer Quelle erfahren, steht das Eingreifen Rußland in den österreichisch-serbischen Konflikt unmittelbar bevor. Deutschlands Antwort wird die sofortige Kriegserklärung sein. Die Mobilmachung in Deutschland erfolgt wahrscheinlich schon morgen, ohne allen Zweifel noch in dieser Woche."

Dieses Extrablatt erregte damals größtes Staunen, weil am 28. Juli noch kein Mensch in Deutschland an den europäischen Krieg glaubte. Hervorragende Parteigenossen empfahlen uns eine Kaltwasserkur. Kurt Eisner war ungefähr der einzige Sozialdemokrat in ganz Deutschland, der am 28. Juli mit absoluter Bestimmtheit wußte daß der Krieg unvermeidlich sei und zwar, wie der Wortlaut des von ihm inspirierten Extrablatts als unwiderlegliches Dokument ergibt, hielt Eisner den Krieg unvermeidlich wegen eines bevorstehenden Eingreifens Rußlands."

Herr Kuttner erzählt dann weiter, wie Eisner mit aller Macht in der Sozialdemokratie darauf hingewirkt habe, daß die Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch sich hinter die Regierung stelle und die Kriegskredite bewillige. Wenn Herr Eisner also heute gegen Scheidemann mit schöner Unerbittlichkeit vorgeht, so wird man ihm bemerken können, daß er selbst im Glashause sitzt.

* * *

Auch die „Sozialistische Korrespondenz" erhebt gegen den Versuch, der vom Eisnerschen Geiste erfüllten Vollzugsräte, Widerspruch. Sie sagt zu der Forderung des Münchener Arbeiter- und Soldatenrats:

„Käme man dem Verlangen nach, so würde irgendein A.- und S.-Rat mit unabhängiger Mehrheit morgen entdecken, daß Landsberg nicht besser ist als Scheidemann und Ebert nicht besser als Landsberg. Ist die Regierung paritätisch zusammengesetzt, so bestimmt jede Partei selbständig die Mitglieder, die sie hineinsenden will. Wir haben uns ja sogar Adolf Hoffmann als Kultusminister gefallen lassen müssen! Wollen die Unabhängigen allein die Regierung übernehmen, so müssen sie es offen sagen. Die Sozialdemokratie wird sich schwerlich danach reißen, die Mitverantwortung für diese überaus schwierige Uebergangszeit zu tragen. Wenn aber die Unabhängigen Wert darauf legen daß die Sozialdemokratie an der Regierung mitwirkt — und die ungeheuere Mehrheit des Volkes hat Vertrauen zur Sozialdemokratie! — dann müssen sie die Partei so nehmen wie sie ist. Ihrem Versuch zur Auslese muß die Sozialdemokratie von vornherein ein unbedingtes Nein entgegenstellen."

Diese Auffassung ist theoretisch richtig. Man muß aber vorsichtshalber erst abwarten, ob die sozialdemokratische Partei das „unbedingte Nein" auch aussprechen wird.

Das Auswärtige Amt solidarisch mit Dr. Solf.

Gegen die „unverantwortlichen Kreise".

Sämtliche Beamten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes haben sich mit Staatssekretär Solf solidarisch erklärt. Sie glauben, zweckmäßig nur weiterarbeiten zu können, wenn eine einheitliche Reichspolitik getrieben wird, die repräsentative Nationalversammlung baldigst zusammentritt und unverantwortliche Kreise nicht länger die deutsche auswärtige Politik stören.

*

Wir können den Schritt des Auswärtigen Amtes nur billigen und loben. Es handelt sich diesmal nicht darum, die Person eines Staatssekretärs zu decken und die Hausgötter eines Büros zu schützen. Es handelt sich um die Frage, ob unklare und naive Augenblicksmachthaber wie Herr Kurt Eisner in München und Vollzugsräte, denen jede Erfahrung fehlt, den Bestand des Deutschen Reiches gefährden und die Einheitlichkeit politischer Leitung unmöglich machen dürfen. Mit allen vernünftigen, einsichtigen Elementen des deutschen Volkes ist das Auswärtige Amt der Ansicht, daß sie das nicht dürfen und daß man ihnen entgegentreten muß. Darum haben die Beamten des Auswärtigen Amtes recht getan, sich mit Herrn Dr. Solf solidarisch zu erklären und dadurch zu zeigen, daß es in Deutschland noch eine Reichsregierung geben muß, die allein unabhängig von dem, was heute ein „Staatsmann" München wünscht und morgen vielleicht ein anderer in einer anderen Stadt wünschen wird und unabhängig von jeder nicht vom ganzen Volke gewählten Parlament die Linie der Politik zu bestimmen und über die Besetzung der Aemter zu entscheiden hat.